

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Wolme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dattlerbrück, Königs, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Wolme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupperberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil in Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 10

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 1 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzstellen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver

Dienstag, den 13. Januar

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgehehen im Wochenbild“, „Ludmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“.

1931

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Das Reichskabinett wird sich in einer Sitzung mit den Fragen beschäftigen, die auf der Tagesordnung des Senfer Völkerrundrates von besonderer Wichtigkeit sind.

* Im Reichsarbeitsministerium fand eine Konferenz über die Frage der Dienstpflicht und der Vorschläge des Reichsfinanzministers zur Behebung der Arbeitslosigkeit statt.

* Der Reichsinnenminister hat die Aufhebung der Ortsgruppe Gera des Reichsbanners, die von der thüringischen Regierung gefordert worden war, abgelehnt.

* Die festgenommenen polnischen Flieger sind nach der bisherigen Untersuchung schwer belastet, daß sie absichtlich nach Oppeln geflogen sind.

Nach der Kanzlerreise.

Die Reise des Reichskanzlers und seiner Begleiter war lediglich darauf abgestellt, sich über die besonderen Schmerzen und Sorgen des deutschen Ostens zu unterrichten; ihr Zweck war innenpolitisch, war wirtschaftspolitisch, war außenpolitisch. Daß sie eine außenpolitische Nuance erhielt, war nicht die Schuld Dr. Brüning's, sondern der polnischen Flieger, die über ihm durch die Luft brummten. Und als er Einblicke sammelte über die Stimmung, die längs der Grenze herrscht, wurde dies durch den Zwischenfall in Oppeln drastisch erweitert; es ist bezeichnend, daß des Deutschen Reiches Kanzler bei seiner Rückkehr nach Berlin keinerlei Entschuldigungen der polnischen Regierung über die besonders auffallende Verletzung der deutschen Hoheitsrechte vorgefunden hat. Am vergangenen Sonnabend ist der deutsche Protest gegen den jüngsten dieser „Zwischenfälle“ erfolgt, wurde in Warschau den regierenden Herren von deutscher Seite deutlich gemacht, daß das deutsche Gebiet denn doch nicht „Freiland“ ist für die Flugkünste der Polen, und trotzdem lassen sich heute im Zeitalter des Telegraphen und des Telefons die Polen Zeit, Schritte zu tun, die sonst im internationalen Verkehr Selbstverständlichkeiten sind. Wenn irgendwo bei einer ausländischen Vertretung die Fenster Scheiben eingeschlagen werden, dann beeilt man sich, dem damit gekränkten Staat die gebührende Genugung zu leisten, aber Polen hat es anscheinend weniger eilig damit. Auch das wird auf die lange Liste geschrieben werden, die von der deutschen Delegation in Genf dem Völkerrund vorgelegt werden wird.

Denn die Beratungen des Kabinetts, die jetzt nach Rückkehr des Kanzlers beginnen, werden sich natürlich außenpolitisch vor allem mit dieser bevorstehenden Tagung des Völkerrundrates in Genf zu beschäftigen haben. Es sind dort für Deutschland außerordentlich wichtige Punkte auf die Tagesordnung gesetzt worden, Minderheitenrechte und Abrüstungsfrage, — und infolgedessen steht auch die deutsche Regierung vor Entscheidungen, die richtunggebend für unsere gesamte Außenpolitik sein dürfen. Unsere „Beziehungen“ zu Polen sind derzeit — nicht durch Deutschlands Schuld —, daß diesen Konfliktstoff der Völkerrund endlich einmal in die Hand nehmen muß, wenn er nicht entschlossen ist, ganz und gar zu einem Debattierklub herunterzufallen.

Auch an innenpolitischem Beratungsstoff wird es dem Kabinett wirklich nicht fehlen und da Innenpolitik heute Wirtschaft- und Finanzpolitik heißt, wird man in der Regierung die bereits angekündigten Entschlüsse über die weiteren Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit in Angriff nehmen. Mit dem Reichswirtschaftsrat hat ein eingehender Meinungsaustausch über eine Verordnung stattgefunden, die die Preisentwertung für Warenartikel vorsieht, und infolgedessen weiß man schon jetzt so ungefähr, was die Regierung hierbei beabsichtigt. Es ist damit zu rechnen, daß die Preisbindung, der „Preisstempel“, für alle bisher preisgebundenen Warenartikel am Lebensmittelmärkte aufgehoben wird, die seit dem 1. Juli vorigen Jahres nicht um mindestens 10 Prozent verbilligt worden sind. Allerdings ist die massenpsychologische Wirkung einer derartigen Maßnahme auch dann nicht zu überschätzen, wenn sie auf andere Gebiete der Warenartikel hinübergreift; an und für sich machen diese Warenkategorien freilich etwa 10 Prozent des Gesamtumsatzes im Einzelhandel aus, aber es handelt sich dabei — und zwar gerade bei den Lebensmitteln — meist um Gegenstände verhältnismäßig geringen Wertes, so daß die Verbilligung nur in Pfennigen zum Ausdruck kommen wird bzw. gekommen ist.

Und schließlich wird man sich im Kabinett auch mit dem Plan zu beschäftigen haben, von dem Reichsfinanzminister Dr. Dietrich mehrfach der Öffentlichkeit eine bisher nur sehr unbestimmte Skizze gegeben hat: Arbeitsbeschaffung durch Zahlung von Lohnzuschüssen. Dr. Dietrich hat nicht unrecht behalten, als er bei Ankündigung dieser Vorschläge erklärte, seine Ausführungen würden „einen Sturm“ erwecken. Zum mindesten haben sie zu einer ausgiebigen Diskussion Veranlassung gegeben und infolge der Tragweite dieser Absichten wird man mit großen Erwartungen dem entgegensehen, was nun auch wirtschaftspolitisch sich aus den Beratungen des Kabinetts ergeben wird. Daß dabei auch die lange Reise des Reichskanzlers im Osten bestimmte Früchte zeitigen wird, ist um so mehr anzunehmen, als wir gerade wirtschaftspolitisch eine feste Front im Osten aufbauen müssen.

Vor wichtigen Kabinettsbeschlüssen

Die Aufgaben des Reichskabinetts.

Bevorstehende Völkerrundtagung.

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsminister Dr. Treviranus nebst den übrigen Herren, die an der Ostfahrt teilnahmen, sind nach Berlin zurückgekehrt. Die Auswertung der Erfahrungen, die auf dieser Reise gemacht wurden, kann beginnen. Vor allen Dingen die praktische Betätigung nach den Worten, mit denen dem Osten und insbesondere der dortigen Landwirtschaft die Hilfe und der Beistand des Reiches versprochen wurde. Selbstverständlich kann auch die Außenpolitik nicht in den Hintergrund treten, steht doch die diesmalige Tagung des Völkerrundes unmittelbar bevor, auf der so wichtige deutsche Interessen auf dem Spiele stehen wie die Beschwerden gegen polnische Minderheitenvergewaltigung und die Frage nach den Revisionsmöglichkeiten, mit denen unser ganzer innerer wie äußerer Aufbau ebenso verbunden ist wie mit der endlich wohl zu beantwortenden Frage nach der Abrüstung.

Der Bericht des Reichskanzlers an den Reichspräsidenten über die Ostmarktreise wird voraussichtlich am Dienstag stattfinden. Am Dienstag tritt das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zusammen. Auf dem Programm steht die Verhandlungsmaterie der Januartagung des Völkerrundes. Die Mitglieder der deutschen Delegation, die an der Europakonferenz in Genf teilnehmen, reisen am Mittwoch ab. Unter dem Vorsitz von Reichsminister Treviranus fand eine Besprechung über Ostfragen statt zu dem Zweck, dem bereits vorliegenden Gesetzentwurf für die Osthilfe auf Grund der Erfahrungen während der Ostmarktreise noch einige Ergänzungen hinzuzufügen. Nach der Abreise der deutschen Delegation nach Genf will der Reichskanzler sich den innenpolitischen Aufgaben zuwenden. Zu diesen gehört sowohl die Auswirkung der

Ostreise wie vor allem eine Anpackung des Preisabbaus und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

In den nächsten Tagen und Monaten, sagte der Kanzler noch vor dem Abschluß seiner Reise in Grünberg, würden Entscheidungen von sehr weittragender Bedeutung zu treffen sein. Es sei nicht die Stunde für Verzögerung und Schwarzseherei, sondern zur Erkenntnis von Wahrheit, Wirklichkeit und zur Abkehr von leeren Phrasen.

Am Montag begann im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Geib eine Aussprache über die Arbeitsdienstpflicht, zu der Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitgeber und der Gewerkschaften sowie einige sachverständige Herren, darunter Professor Dr. Spranger und Dr. Kapfahl, eingeladen waren. Sicher gelangten bei dieser Gelegenheit auch die Anregungen, die Reichsfinanzminister Dr. Dietrich bezüglich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht hat, zur Sprache.

Ganz Niederschlesien im Osthilfegebiet?

Die Provinzialverwaltung von Niederschlesien veröffentlichte statistisches Material über die Zahl der Zwangsversteigerungen, die Verschuldung der Landwirtschaft und die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Kreisen der Provinz. Dabei ergibt ein Vergleich zwischen den nicht ins Osthilfegebiet fallenden Kreisen und denen des Ostgebietes, daß der Notstand in ländlichen und städtischen Bezirken sich über ganz Niederschlesien erstreckt ohne Rücksicht auf die geographische Lage und die Abgrenzung der Osthilfe. Besonders erkennen läßt sich der wirtschaftliche Niedergang in den Kreisen Liegnitz, Lüben, Goldberg-Bahnau, Sagan, Bunzlau, Löwenberg, Hirschberg und Schweidnitz, die nicht zum Osthilfegebiet gehören. Daraus wird die Forderung abgeleitet, daß ganz Niederschlesien in das Osthilfegebiet gehört.

Hilf ruf nach Genf

Die Gewalttaten in Oberschlesien.

Über hundert polnische Vergehen.

Die vom „Deutschen Volksbund“ in Oberschlesien an den Völkerrundrat gerichtete Beschwerde zählt über hundert Terrorakte gegen die deutsche Minderheit auf. In den Ausschreitungen haben sich nach der Beschwerdeschrift nicht nur die Aufständischen beteiligt, sondern auch zahlreiche Beamte. Die Terrorakte steigerten sich in Oberschlesien ganz besonders nach der „antideutschen Woche“, die vom Aufständischenverband veranstaltet wurde. Verschiedentlich legten die Vertreter der deutschen Minderheit Beschwerden bei den Behörden ein, die aber unbeachtet blieben.

In einem besonderen Abschnitt der Beschwerdeschrift wird der Wahlkampf und die Wahl, gegen die in allen drei schlesischen Wahlkreisen von der Deutschen Wahlgemeinschaft Einspruch erhoben wurde, behandelt. Das Ergebnis der Untersuchung sämtlicher Terrorakte hat der Oberkommissar Calonder der polnischen Regierung zur Stellungnahme überreicht, die daraufhin die Zusage gegeben hat, daß die schuldigen Beamten disziplinarisch bestraft und gegen die Täter ein Strafverfahren eingeleitet werden wird.

Verletzung der Genfer Abmachungen.

Da sich die polnische Regierung nicht entschließen konnte, die Verletzung der Genfer Konvention zuzugeben, hat sich der „Deutsche Volksbund“ veranlaßt gesehen, eine Beschwerde an den Völkerrundrat mit dem Ersuchen zu richten, festzustellen, daß die Artikel 75 und 83 der Genfer Konvention verletzt worden sind, und ferner zu beschließen, daß die polnische Regierung geeignete Maßnahmen treffen möge, um der deutschen Bevölkerung zu zeigen, daß die Wiederholung derartiger Vorkommnisse ausgeschlossen ist.

Die Beschwerde des „Deutschen Volksbundes“ ist beim Generalsekretär des Völkerrundes eingegangen. Es unterliegt der Entscheidung des Generalsekretärs, ob die Beschwerde, wie es der „Deutsche Volksbund“ verlangt.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die Amtsbezeichnungen der Reichsbeamten.

Nach einigen Blättermeldungen sollten im Reichsministerium Verhandlungen über die Frage der Amtsbezeichnungen von Reichsbeamten stattfinden oder stattgefunden haben. Vom Reichsinnenministerium werden diese Meldungen als unrichtig bezeichnet. Sollten demnächst Besprechungen stattfinden, so würde es sich lediglich um die üblichen, laufenden Besprechungen handeln, die von Zeit zu Zeit stattfinden. Mit einer abschließenden Beratung sei vorerst nicht zu rechnen.

zur dringlich ertlart und noch auf die Tagesordnung der bevorstehenden Ratstagung gesetzt wird.

Die polnischen Flieger belästigt.

Ergebnisse der Untersuchung.

Nach dem vorläufigen Abschluß der Vernehmung der beiden in Oppeln gelandeten polnischen Flieger wurden die Ermittlungen fortgesetzt. Das Ergebnis der Untersuchung scheint die Polen schwer zu belasten. Die aus Offizieren der zweiten Kavalleriedivision bestehende Untersuchungskommission hat entgegen den Angaben des polnischen Piloten Wolf einwandfrei festgestellt, daß der Kompaß des Führerflugzeuges vollkommen in Ordnung war. Es sind auch Zweifel darüber aufgetaucht, ob die Angaben des Fliegers Wolf, in Krakau in Garnison zu stehen, den Tatsachen entspricht. Es wird vermutet, daß er der Katowitzer Fliegergarnison angehört. Es steht fest, daß Wolf unmittelbar nach seiner Festnahme durch den nachfolgenden Reichswehrpiloten an diesen die Frage gerichtet hat: „Ist Reichskanzler Brüning heute in Oppeln?“ Diese Frage spricht mehr als alles andere dafür, daß der Führerpilot wußte, daß er sich über Oppeln und nicht, wie er später angab, über Thorn befand. Der polnische Generalkonsul hat den Antrag gestellt, die in Schughast befindlichen Piloten in einem Hotel unterzubringen. Die Kommandantur Oppeln hat diesen Antrag abgelehnt.

Am die Nachfolge Rauschers.

Kandidat Geheimrat von Moltke.

Dem Vernehmen nach ist als Nachfolger des verstorbenen Gefandten Ulrich Rauscher als deutscher Gesandter in Warschau Geheimrat von Moltke, Dirigent in der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, in Aussicht genommen. Als sein Nachfolger in der Führung der Dirigentengeschäfte der Ostabteilung wird der jetzige Generalkonsul in Leningrad, Erich Zechlin, der Bruder des Reichspressescheffs, genannt, der vor seiner Entsendung nach Sowjetrußland das polnische Referat im Auswärtigen Amt verwaltet hat.

Reichsinnenministerium lehnt Aufhebung des Reichsbanners Gera ab.

Das Reichsinnenministerium hat über den Antrag der thüringischen Regierung auf Verbot des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Gera, entschieden. Antilich wird mitgeteilt: „Die Reichsregierung sieht nach eingehender Prüfung den Tatbestand des Reichsgesetzes vom 22. März 1921 zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Versailler Vertrages durch die Betätigung der Ortsgruppe Gera des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold nicht als erfüllt an und hat sich daher nicht entschließen können, dem thüringischen Ministerium des Innern ihre Zustimmung zur Aufhebung dieser Ortsgruppe zu erteilen.“ Die Entscheidung ist dem thüringischen Staatsminister Baum bereits zugegangen.

Anschluß Anhalts an Preußen abgelehnt.

Die Deutsche Volkspartei bezeichnete auf einem außerordentlichen Landesparteitag in Dessau die Aufstellung der Anschlußfrage an Preußen durch die Sozialdemokraten als eine rein parteipolitische Aktion. Der Landesparteitag lehnte eine Erörterung der von der Sozialdemokratie aufgeworfenen Frage ab. Da für den Anschluß eine Zweidrittelmehrheit im Landtag nicht vorhanden ist, kann die Frage als erledigt gelten. Weiter wurde beschlossen, eine möglichst schnelle Auflösung des Landtages durch Volksbegehren und Volksentscheid anzustreben.

Aus In- und Ausland

Berlin. Bei einer politischen Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten in Sasel in Holstein wurden 18 Personen verletzt, in Eshedingen in Braunschweig zählten ebenfalls beide Teile viele Verwundete.

Berlin. Die in Berlin stattgefundenen Verhandlungen über eine Neuordnung des deutsch-tschechischen Kohlen- und Eisenhandelsabkommens sind ergebnislos verlaufen. Um die Verhandlungsgrundlage nicht ganz zu verlieren, wurde lediglich beschlossen, das jetzige Provisorium bis zum 31. März unverändert zu verlängern.

Weimar. Die vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für Montagabend im Stadthausaal anberaumte Kundgebung ist von der Polizeidirektion verboten worden. Von nationalsozialistischer Seite war zu einer Gegenkundgebung aufgerufen worden. Auch diese Demonstration ist verboten worden.

Zürich. In Zürich fand eine Führertagung der Tiroler Heimwehr statt, in der Dr. Steidle einstimmig wieder zum Landesführer gewählt wurde.

London. Infolge des Kohlenarbeiterstreiks wird die Zinnindustrie in Südwesten ihre Erzeugung von der nächsten Woche ab um die Hälfte einschränken müssen. Eine Fortsetzung des Streiks würde die vollständige Schließung der Werke zur Folge haben.

Kattowitz. Wegen der schwebenden Lohnverhandlungen im ostoberschlesischen Bergbau hatte der polnische Zentralverband der Bergarbeiter einen Betriebsstreik ausgerufen. Der Streik beschloß, unter keinen Umständen die geplante Lohnherabsetzung anzunehmen und alle Maßnahmen zur Vorbereitung eines Streiks zu treffen.

Minister Treviranus über die politische Ostreise.

Sanierung nur durch schnelle Arbeit erfolgreich.

Im Berliner Rundfunk sprach Reichsminister Treviranus über die Ergebnisse der Ostreise. Die Vorlage, die in den nächsten Tagen das Reichstabinett verabschiedet wird, und das Osthilfsgezet für die Jahre 1931 bis 1935 wollen die Aufgaben der Reichsregierung beim Amtsantritt einlösen. Das Gesetz werde selbstverständlich erst Gültigkeit haben, wenn Reichsrat und Reichstag es verabschiedet haben. Die Reichsregierung hoffe, daß dies vor dem 31. März, dem Ablauf der jetzigen Notverordnungen, möglich sein werde. Darüber hinaus müsse versucht werden, die Entschuldung und Umschuldung auch in weiteren bedrohten Gebieten, Mecklenburg, ganz Pommern, weiteren Kreisen Brandenburgs und ganz Schlesiens, nutzbar zu machen. Die Regierung hoffe, daß eine Erleichterung und damit Befestigung der Umschuldungsaktion in den kleineren Betrieben möglich sein werde. Es werde notwendig sein, vor allem schnell zu arbeiten, da sonst eine Sanierung zwecklos sein dürfte.

Ostbesprechungen bei Treviranus abgeschlossen.

In den Ressortbesprechungen über die Ostfrage, die beim Minister Treviranus unter Sinuziehung von Vertretern der zuständigen Ministerien des Reiches, Preußens, der Reichsbank und der Preußenkasse stattfanden, wurden die Arbeiten über das neue Ostgesetz abgeschlossen.

Polen spricht sein Bedauern aus.

Amtlich wird mitgeteilt: Die polnische Regierung hat durch ihre Berliner Gesandtschaft wegen Ueberfliegung deutschen Gebietes durch polnische Militärflyger der Reichsregierung ihr Bedauern ausgesprochen.

Das Anwachsen der Wohlfahrtsverwerbslosen.

Die Belastung der gemeindlichen Erwerbslosenfürsorge.

Die bei der Neuordnung der Krisenfürsorge von der Reichsregierung in Aussicht gestellte Entlastung der gemeindlichen Erwerbslosenfürsorge ist auch im Monat Dezember nicht eingetreten. Vielmehr weist am Jahresende die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen gegenüber dem Vormonat eine verstärkte Steigerung auf. In den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern (mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen Einwohnern) wurden am 31. Dezember 597 000 laufend unterstützte Wohlfahrtsverwerbslose ermittelt. Gegenüber dem Stand vom 30. November (554 000) bedeutet diese Zahl eine Steigerung um 7,7 Prozent. In sehr erheblichem Maße hat sich gleichzeitig die Zahl derjenigen Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge erhöht, die laufend von den Städten zusätzlich unterstützt werden müssen.

Arbeitsdienstplicht abgelehnt.

Von den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und den Gewerkschaften.

Die im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Staatssekretärs Seib mit den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und der Gewerkschaften sowie einigen Persönlichkeiten stattgefundene Aussprache wurde von Staatssekretär Seib eröffnet. Nach eingehender mehrstündiger Beratung

lehnten die Vertreter der Wirtschaftsverbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Einführung der Arbeitsdienstplicht insbesondere aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen ab.

Die meisten Vertreter hatten auch gegen die Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes insbesondere für jugendliche Arbeitslose Bedenken.

In seiner Eröffnungssprache wies Staatssekretär Seib darauf hin, daß man sich nur mit der speziellen Frage der Arbeitsdienstplicht, nicht aber mit den bekannten Anregungen des Finanzministers Dietrich über eine produktivere Gestaltung der Arbeitslosenfürsorge beschäftigen wolle. Hinsichtlich der sozialpolitischen Seite der Dienstpflichtfrage gäbe es kaum eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß alles, was durchführbar sei, geschehen müsse, um einer möglichst großen Zahl Arbeitsloser wieder zu Arbeit zu verhelfen. Weit schwieriger sei die wirtschaftliche Seite. Dabei dürfe nicht übersehen werden, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise

weniger eine Produktions- als eine Absatzkrise sei.

Die Arbeitsdienstplichtfrage müsse man auch von der sozialpädagogischen und der finanzpolitischen Seite sehen.

Die Kostenfrage der geplanten Arbeitsdienstplicht war bei der Abrechnung maßgebend. Die jährlichen Kosten hätten rund 1350 Millionen Mark, das Erparnis taum 200 bis 250 Millionen Mark ausgemacht. Es ergab sich bei der Schätzung, daß etwa 450 000 Jugendliche (ohne Frauen hinzuzurechnen) erfasst werden müßten, für die man keine produktive Arbeit finde.

Die Arbeitszeit bei der Reichsbahn.

48 Stunden Woche. — Felerischkeiten.

In den zwischen den Eisenbahnergewerkschaften und der Reichsbahn schwebenden Streitigkeiten über die Regelung der Arbeitszeit sind Schiedssprüche gefällt worden.

Für einen Teil der etwa 400 000 Arbeiter (es handelt sich um etwa 220 000) wird die

Arbeitszeit auf 48 Stunden herabgesetzt.

Bisher betrug sie je nach den Arbeitergruppen bis zu 54 Stunden. Der Verwaltung steht jedoch das Recht zu, in bringenden Fällen bis zu 130 Stunden überzeit im Jahre anzuordnen. Außerdem hat die Verwaltung das Recht, den Teil der Arbeiter, der bisher auch an Sonntagen arbeiten mußte, weiter mit acht Zusatzstunden in der Woche zum Sonntagsdienst heranzuziehen. Für die übrigen Arbeiter (also etwa 180 000 Köpfe) verbleibt es bei der durch die Eigenart des Eisenbahnbetriebes bedingten Arbeitszeit. Die Tätigkeit dieser Arbeiter steht in enger Verbindung mit der Tätigkeit der Reichsbahnbeamten, für die entsprechend der Art ihrer Tätigkeit eine Arbeitszeit, abgemittelt nach der Stärke ihrer Beanspruchungen, von wöchentlich 48 bis 57 Stunden festgesetzt ist.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft wird diesen Schiedsspruch annehmen und die Verbindlichkeitsklärung beantragen, um den Eintritt eines tariflosen Zustandes zu vermeiden.

In den Ausbesserungswerken und in der Bahnmunterhaltung sind zurzeit 25 700 Arbeiter zuviel vorhanden. Um die sonst notwendige Entlassung dieser Arbeiter zu vermeiden, soll in jeder Woche eine Feierlichkeitsfeier eingelegt werden. Die Gewerkschaften haben demgegenüber gefordert, die Feierlichkeiten auf die Betriebs- und Verkehrsarbeiter auszudehnen mit dem Ziele, daß dadurch jeder Arbeiter der Reichsbahn mit der gleichen Zahl von Feierlichkeiten belastet würde. Durch die Einführung der Feierlichkeiten werde eine Entlassung von Arbeitern vermieden.

Neue Unruhen in Indien.

In Bombay: 6 Menschen getötet — 25 schwer verletzt.

Wegen der Hinrichtung der vier indischen Freiheitskämpfer wurde in Bombay vom Nationalkongreß ein allgemeiner Trauertag angelegt. Kongreßfreiwillige zwangen die Ladenbesitzer zum Schließen der Geschäfte, bewarfen Autodrohsen, elektrische Straßenbahnen und andere Fahrzeuge mit Steinen und legten Schwellen und eiserne Träger auf die Schienen, bis der Verkehr völlig stillstand. Bei den Zusammenstößen wurden sechs Menschen getötet und 150 verletzt, davon 25 schwer. Der Stadtrat verbot seine Sitzung zum Zeichen des Protestes. Der Polizeioberinspektor wurde von der Menge mit Hohnrufen empfangen und konnte sich nur mit Mühe in Sicherheit bringen. Drei andere Polizisten wurden gezwungen ihre Helme als Ehrung für die Hingerichteten abzunehmen.

In Puna strömte eine ungeheure Menge zu dem Gefängnis, in dem die Hinrichtung stattgefunden hatte. Die Polizei hatte jedoch vorsichtshalber die Zugangsstraßen abgesperrt.

In Solapur, der Heimatstadt der Hingerichteten, traten sofort alle Baumwollarbeiter in den Streik und die gesamte Bevölkerung legte Trauer an. Die Behörden verboten alle Zusammenrottungen auf die Dauer von 12 Tagen.

Präsidentrat Heise preussischer Beamter?

Wie verschiedene lippsche Zeitungen berichten, soll Präsidentrat Heise in Kürze von der preussischen Regierung als Beamter übernommen und in einer preussischen Provinzialverwaltung untergebracht werden. Präsidentrat Heise war am 13. Dezember v. J. von der Auflösung des zweifachen Meinesdors freigesprochen worden, weil er, wie es in der Urteilsbegründung heißt, seinerzeit bei der Fragestellung im Landestrafanklagungsprozeß unter einer Gedankenhemmung gelitten habe. Heise steht im 54. Lebensjahre und kam 1919 als Polizeidirektor nach Pöwe, wo er bald bis zur höchsten Beamtenstelle des Landes aufstieg. Eine Befästigung der beabsichtigten Uebernahme Heises in den preussischen Dienst war noch nicht zu erlangen, auch in Berlin wurde die Nachricht weder bestätigt noch bestritten.

Der Haushalt der Gestütverwaltung.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages.

Der Hauptauschuß des Preussischen Landtages beriet den Haushalt der Gestütverwaltung. Der Berichterstatter Abgeordneter von Plehwe (Deutschnat.) wies auf die günstigen Folgen der Zollerhöhung für Pferde hin und forderte im Interesse der Kaltblutzücht eine weitere Erhöhung von 140 auf 210 Mark. Der Pferdebestand betrage in Deutschland zurzeit rund 3,7 Millionen Stück. Oberlandstallmeister Gatermann dankte der Reichsregierung in Hannover und den deutschen Reiteroffizieren für ihre Erfolge in Boston, Newport und Toronto. Er verwies dann auf das 200jährige Jubiläum in Trakehnen und auf die Arbeit der Reitervereine. Die staatlichen Gestüte seien zum Nutzen der Landwirtschaft und der Zucht aufrechtzuerhalten. Auch in der Kaltblutzücht müßten Leistungsprüfungen an Kraftleistungsmesser vorgenommen werden. Besonders hervorzuheben verdient, daß in Osnabrück drei Hengste 300 Zentner gezogen haben. Im Landwirtschaftsministerium sei ein Auschuß für Geplann-Arbeitsdienst eingerichtet worden, der der Rationalisierung der Geplannarbeit in der Landwirtschaft dienen solle.

In der Abstimmung fanden die Anträge von Plehwe (Deutschnat.) auf Erhöhung der Fonds für Pferdeankauf und für Zuchtpreise Annahme.

Die Tumulte in Nikolaiten.

Das Strafmaß ist angemessen der Gefährlichkeit.

In Marienburg wurde im Prozeß wegen der Zwischenfälle in Nikolaiten heute folgendes Urteil verkündet: Gegen den Angeklagten Gottschewski wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung, Fälschung und Beleidigung eine Gesamtstrafe von vier Monaten einer Woche Gefängnis, gegen Cholebins aus denselben Gründen ein Monat und 20 Mark Geldstrafe, gegen Patzinski wegen öffentlicher Beleidigung 20 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte Chupowski wird freigesprochen. Durch diesen Prozeß ist es erwiesen, daß es sich keineswegs um Terrorakte, sondern lediglich um Ausschreitungen einzelner gehandelt habe.

10 Jahre Zuchthaus für einen Spion.

Der Neuböfener Prozeß.

Der Vorsitzende des Vierten Straßensatz beim Reichsgericht in Leipzig verkündete folgendes Urteil: „Der angeklagte polnische Grenzkommissar Biedrzyński ist schuldig des versuchten Landesverrats nach § 3 des Spionagegesetzes und § 43 des Strafgesetzbuches und des versuchten Totschlages nach § 214 des Strafgesetzbuches sowie des Vergehens gegen das Waffengesetz und wegen Paßvergehens. Er wird deshalb zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Von der Untersuchungshaft werden sieben Monate in Anrechnung gebracht. Die Eigenschaft als Überzeugungstäter konnte dem Angeklagten nicht zuerkannt werden.“

Die bekannten Vorfälle an der deutsch-polnischen Grenze bei Neuböfen werden in der Begründung dahin charakterisiert, daß Biedrzyński fortgesetzt den Versuch gemacht hat, sich militärische Geheimnisse — Gegenstände und Nachrichten — zu verschaffen. Seine persönliche Betätigung fand zunächst auf polnischem Boden statt, später hat er sie auf deutschen Boden übertragen, mindestens und sicher in der Nacht am 24. Mai 1931, in der es zu einer Schießerei mit deutschen Beamten kam. Der Angeklagte hat versucht, sich eine deutsche Gasmaske zu verschaffen. In tatsächlicher Hinsicht ist der Senat im wesentlichen den Darstellungen des Zeugen Sender, des bei der Schießerei verwundeten deutschen Beamten, gefolgt. Er machte einen durchaus glaubwürdigen Eindruck. Da der Angeklagte sich auf deutschem Boden befand, konnte bei der Absicht der Ausübung auch von Putativnotwehr (vermeintlicher) keine Rede sein.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 13. Januar 1931.

Die Herzen auf!

Noch ist Rot, und noch ist sie vielleicht nicht am größten. Der Winter ist bis jetzt noch alimpflich verlaufen, aber wer weiß, was uns an Tragen noch bevorsteht! Und die Arbeitslosigkeit wächst und die Ziffern, die einem von Zeit zu Zeit ins Ohr dringen, sind erschreckend. „Aber die Hilfe,“ so werden viele sagen, „ist ja organisiert, und wir haben doch die Arbeitslosenunterstützung!“ Wahr, die haben wir. Aber werden denn wirklich alle, denen geholfen werden müßte, von der organisierten Hilfeleistung erreicht? Gibt es nicht genug Arme und Elende, die sich schamhaft verborgen halten, und von denen nur wenige wissen? Vor einigen Wochen hat die preussische Regierung neben der amtlichen Unterstützung eine besondere Winterhilfe für die Armeen der Armen in die Wege geleitet. Es ist keiner von uns, keiner von denen, welche noch etwas haben, ausschließlich verpflichtet, zu dieser Winterhilfe etwas beizutragen. Aber moralisch, moralisch ist jeder verpflichtet, sollte mindestens jeder sich für verpflichtet halten. Und natürlich nicht nur im Lande Preußen, sondern auch in allen andern Ländern des Reiches. In jedes einzelnen Ermessen liegt es, wie hoch er sich zum Nutzen der Darbenden und Kriehenden freiwillig besteuern will. Es braucht nicht gerade Geld zu sein, was er gibt, er kann seine Liebesgaben auch in Gestalt von Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Haushaltsgegenständen, Kohlen usw. spenden. Die Hauptsache ist, daß er spendet, daß er reichlich spendet. Und wer seine Gaben nicht an eine Sammelstelle weitergeben möchte, der sollte wenigstens für sich allein Wohltätigkeit üben, an der Tür seines Hauses, an die das Elend klopf, im Umkreise seines Hauses, wo er Hungernde weiß. Gewiß, wir sind in diesen schweren Zeiten alle wohlthätig, so weit wir es vermögen, aber wohl vielleicht immer noch um einen Grad wohlthätiger sein, denn die Not ist größer als groß. Die Herzen auf! Und die Hände füllen und dann aus vollen Händen geben! Durch Almosengebungen, durch Mitleiden und Mithelfen ist noch niemand arm geworden, und so möge denn, wer irgend zu helfen vermag, freudig helfen. Die Herzen auf! Die Hände auf!

Die Reichsgründungsfeier.

Keine Lustbarkeitsfeier.

Nach einer Verordnung des Reichsfinanzministeriums, mit der sich am Donnerstag der Reichsrat beschäftigt wird, sollen Veranstaltungen, die aus Anlaß der 60. Wiederkehr der Reichsgründung stattfinden, von der Vergütungssteuer befreit sein. Diese Steuerbefreiung, die bisher schon für Veranstaltungen bei der Verfassungsfeier am 11. August galt, soll also auch für die Reichsgründungsfeiern in diesem Jahre eintreten und zwar auch dann, wenn die Veranstaltung nicht am 18. Januar, sondern früher oder später stattfindet.

* Falsche Zehnmarkscheine.

Die Reichsbank teilt mit: Von den Reichsbanknoten über 10 Mark mit dem Ausgabedatum des 11. Oktober 1924 ist eine Fälschung festgestellt worden. Kennzeichen: Papier: Mehlnische Stärke, weicher im Griff. Pflanzenfärbung: Durch schwache, bräunliche Druckstriche angedeutet. Wasserzeichen: Auf dem Schwan der Vorderseite dünnlinig mit dunkler Farbe durch Ausdruck nachgeahmt. Genußerte Blindprägung: Fehlt. Kontrollstempel: Fehlt oder mit dünnen, vertieft eingeprägten, statt gewölbten Typen eingedrückt. Vorderseite: Grobähnlich wiedergegeben. Das Gesicht des männlichen Bildnisses macht einen verschwommenen Eindruck. Die rechte Hintergrundsseite ist in der unteren Hälfte hell gefleckt. In der Angabe des Bankgesetzes ist im Worte „Grund“ der Buchstabe „r“, in der Zeile „Reichsbankdirektorium“ der letzte i-Buchstabe tiefer gestellt. Rückseite: Die Fälschung ist bunter als die der echten Noten, der Druck unsauber. Die Strafandrohung hat ungleich große Typen und umfaßt die Mittelgüliche nicht gleichlaufend. Nummer: Ungleichmäßig gezeichnete und gedruckte Ziffern, zuweilen mit großem breitem Gummitypen aufgedruckt. Für die Ausdeckung der Fälschungen erwirkt uns dahin fahrende Angaben hat die Reichsbank eine Belohnung bis zu 3000 RM. ausgesetzt. Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nehmen die örtlichen Polizeibehörden entgegen.

* Stadttheater Hagen i. W. Wochenplan vom 13. Januar bis 18. Januar 1931. Dienstag, 13. Januar, 20 Uhr, Ende etwa 22½ Uhr „Das Kammertanztheater“ und „Der Zauberer“. — Mittwoch, den 14. Jan., 20 Uhr, Ende etwa 22½ Uhr „Prosit Gipsy!“. — Donnerstag, 15. Jan. Geschlossen. — Freitag, 16. Jan. 20 Uhr Ende etwa 23¼ Uhr, Vorstellung für den Kreis-Kriegerverband „Gräfin Mariza“. Samstag, 17. Jan., 19½ Uhr, Ende etwa 22¼ Uhr „Gräfin Mariza“. Sonntag, 18. Jan., 11¼ Uhr, Ende etwa 13 Uhr Einmaliges Tanzgastspiel „Palucca“. 15 Uhr, Ende etwa 18¼ Uhr, geschlossene Vorstellung für den Eisenbahner-Verein, „Victoria und ihr Husar“. 20 Uhr, Ende etwa 22½ Uhr „Prosit Gipsy!“.

Salver

* Die Eheleute Straßenwärter Heinrich Schmidt und Frau, Anna geb. Marburger verw. Schilling, Hieselfeld, Lingerweg wohnhaft, können am Donnerstag, dem 15. Januar das Fest der silbernen Hochzeit begehen. 25 Jahre lang ist das Ehepaar Bezieher des Allgemeinen Anzeigers. Wir entbieten dem Jubelpaare zu diesem Ehrentage unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche.

— & Gestern wurde einer von den wenigen noch lebenden Mittkämpfern aus Deutschlands großer Zeit 1870-71 Hermann Geisenberg von Buschhausen, der bei seiner in Hönningen bei Wipperfurth verheirateten Tochter, wofür er die Weihnachtstage verheiratet hatte, gestorben war, beerdigt. Der hiesige Landwehrverein geleitete ihn zu Grabe und gab drei Salven über das Grab. Die Freiwillige Feuerwehr Buschhausen, dessen Mitbegründer und späteres Ehrenmitglied er war, gab ihm ebenfalls das Geleit, auch stellte sie die Träger. Parrer Dr. Grobe-Dresselhaus legte seiner gehaltreichen Leichenrede das Bibelwort 2. Corinth 5, 1 zu Grunde: „Wir wissen aber, so unser irdisches Haus dieser Hütte zerbrochen wird, daß wir einen Bau haben von Gott erbauet, ein Haus, das nicht mit Händen gemacht, das ewig ist, im Himmel.“ Er ruhe sanft!

Herd und Scholle

Beilage zum „Allgemeinen Anzeiger“ und „Schaltmühler General-Anzeiger“.

Das Reich der Frau.

Kochgeschirr und Volksgeundheit.

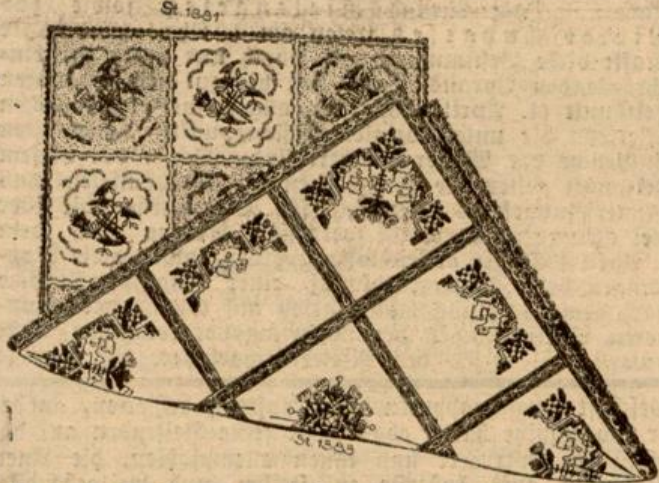
Der Stolz der Hausfrau ist ihre Küche, in der es vor Sauberkeit nur so blitzen muß. Das ist, auch vom gesundheitlichen Standpunkt aus, nur zu begrüßen; denn mangelnde Reinlichkeit in der Küche kann unerer Gesundheit leicht gefährlich werden. Aber nicht nur beim Einkauf und bei der Speisenzubereitung, sondern auch beim Kochgeschirr ist peinlichste Sauberkeit vonnöten.

Unsere Großmütter benutzten als Kochgeschirr vielfach noch Gegenstände aus Ton, Steingut, aus Kupfer, Messing usw. Da mochte es leicht einmal vorkommen, daß die Glasur der irdernen Töpfe schadhaft wurde, Flüssigkeit, die schlecht verdunstete, aufsaugte und so zur Brutstätte krankmachender Bakterien wurde. Auch der Kupfertessel setzte in der feuchten Küchenluft leicht Grünspan an und wurde bei ungenügender Reinigung dadurch zur Quelle von Magen- und Darmstörungen.

Mit dem Fortschreiten der Technik sind diese Gefahren behoben und alle Anforderungen an ein hygienisch-einwandfreies Kochgeschirr erfüllt worden. Unser heutiges Kochgeschirr besteht im allgemeinen aus Porzellan, Aluminium oder emailliertem Eisen. Bei der Verwendung von emailliertem Geschirr ist darauf zu achten, daß es stets unbeschädigt bleibt. Darum lege man einen leeren Topf nie aufs heiße Feuer oder fülle kaltes Wasser nie in einen heißen Topf ein.

Gegen das mit Recht sehr beliebte Aluminium-Kochgeschirr ist in letzter Zeit vereinzelt eingewendet worden, daß es bei länger dauerndem Kochen kleine Aluminium-Mengen an die Speisen abgibt. Wie eingehende wissenschaftliche Untersuchungen gezeigt haben, sind aber die auf solche Weise gelegentlich in die Speisen gelangenden Aluminium-Mengen so winzig, daß sie keinesfalls gesundheitlichen Schaden stiften können; schon an sich enthalten unsere Nahrungsmittel wie unser Körper kleine Mengen dieses Metalls, ohne daß wir irgendwelchen Schaden dadurch erleiden. Das Aluminium-Geschirr darf also ruhig seinen Platz in der Küche behalten.

Hygienisch völlig einwandfrei ist ferner Porzellan-Geschirr, zumal in der heutigen feuerfesten Form. Daß außer diesen gebräuchlichsten Formen noch viele andere hygienisch einwandfreie Arten von Kochgeschirr existieren, sei besonders betont. Gewohnheit, Sitte, Geschmack und Geldbeutel werden bald die eine, bald die andere Art von Kochgeschirr bevorzugen, sie alle aber sind bei sorgfältiger Behandlung und Reinigung frei von jeder gesundheitlichen Gefahr.



St. 1381. Decke aus neun Quadraten mit Häkelverzierung. Als Material ist blaues und weißes Halbleinen verwendet. (Indanthren.) 120 mal 120 Zentimeter groß. Stoffgröße des einzelnen Quadrates 40 mal 40. Lyon-Abplättmuster Preis 80 Rpf.

St. 1383. Decke aus neun Quadraten aus weißem Bauernleinen, mit Einsatz und Spitze verziert. Größe des einzelnen Quadrates 42 mal 42. Abplättmuster, neun Quadrate, Preis 2 RM.

Das Schnittmuster ist gegen Einsendung des Betrages zuzüglich 30 Pfennig Porto zu beziehen durch die Firma G. Lyon, Berlin SO 16, und durch die Geschäftsstelle unseres Blattes.

Senfflecke lassen sich aus Stoffen am besten mit Benzin entfernen, andernfalls auch durch eine Abkuchung von Panamaspänen.

Mit lackierten Gegenständen muß man recht vorsichtig umgehen, damit der Lack durch Stoßen oder Kratzen nicht beschädigt wird. Weder mit zu kaltem noch mit zu warmem Wasser soll man sie reinigen; auch dem Sonnenlicht und der Ofenwärme darf man sie nicht aussetzen, weil in allen diesen Fällen leicht Risse entstehen. Die Reinigung geschieht am besten mit einem weichen Lappchen, das man mit Del getränkt hat. Ist fester Schmutz zu entfernen, so streut man Mehl darauf, das man mit einem trockenen und weichen Lappen verreibt.

Fußböden, die frisch gestrichen sind, soll man nach dem Trocknen öfter mit kaltem reinem Wasser abwischen. Dadurch wird dem Anstrich seine Klebrigkeit genommen, und er wird außerdem dauerhafter.

Küche und Haus.

Kochvorschriften für Chicoree und andere Gemüse.

Die neuzeitliche Küche stellt ihre Forderungen immer mehr auf Forschung und Vorschritt der Aerzte ein. Vitamine spielen bei ihr die große Rolle. Obst und Gemüse als vitaminreich dürfen auf dem Speisetzettel nicht mehr fehlen. Wir bringen daher heute Kochvorschriften für Gemüsearten, die vielfach weniger beachtet werden. So vor allem

Chicoree. Dieser wird in kaltem Wasser gewaschen, in kochendes Wasser gelegt, in dem er nur aufwellen darf. Dann überfüllt man ihn mit kaltem Wasser und läßt ihn auf einem Sieb gut abtropfen. Am besten läßt man Chicoree in einer kräftigen Bratensoße oder Fleischbrühe weich schmoren.

Chicoree gedämpft. Der Chicoree wird wie oben vorbereitet, dann in einen Tiegel mit reichlich kochender Butter

gelegt, gefalzen, mit etwas Zitronen beträufelt und in etwa einer Stunde gargegünstet.

Chicoree in der Form gebacken. Nachdem man den Chicoree wie oben vorbereitet und halb gar gekocht hat, wird er in eine gut gebutterte Form gelegt. Dann stellt man aus Milch, Mehl, einem Ei, Salz, einer Prise Mustard eine dicke Soße her, gibt sie über den Chicoree, streut geriebenen Parmesan darüber und ein paar Butterflöckchen und bäckt das Gericht im Ofen etwa eine halbe Stunde.

Chicoreesalat. Die gepuhten Chicoreestauden werden in fingerlange Stücke geschnitten, gewaschen und müssen auf einem Sieb sorgfältig abtropfen. Nun bereitet man eine Salatsoße aus Essig, einer Prise Salz, Pfeffer und Zucker, einer Messertipfe Senf und etwas feingewiegter Petersilie und vermischt den Salat gut damit.

Artischofen. Nachdem die Artischofen sauber gepuht sind, werden sie gebrüht und in Salzwasser, dem 1 Teelöffel Butter und der Saft einer Zitrone hinzugefügt wurde, etwa eine Stunde gekocht. Sie sind gar, wenn sich die Kelchblätter leicht herausziehen lassen. Man gibt sie auf eine Schüssel und gießt zerlassene Butter darüber.

Artischofen mit holländischer Soße. Man legt die geäuberten Artischofen eine halbe Stunde in kaltes Wasser, dem etwas Zitronensaft hinzugefügt ist, kocht sie dann in Salzwasser und Zitronensaft gar und gibt eine holländische Soße darüber.

Erbschofen. Man schält die Erbschofen wie Kartoffeln und kocht sie in Salzwasser gar. Holländische oder Tomatensoße wird dazugegeben.

Gemüse von roten Rüben. Nachdem die Rüben gewaschen und gebürstet sind, werden sie weichgekocht, von der Erde entfernt und in halbfingerlange dünne Streifen geschnitten. Es wird mit Fett geröstet, mit Fleischbrühe verrührt, etwas Kümmel wird hinzugefügt. Es wird mit Essig, Salz und Zucker abgeschmeckt. Die Rüben werden in die Soße getan und müssen noch kurze Zeit darin langsam durchkochen.

Maïs. Nachdem die Maïsförner von den Kolben abgeschnitten sind, läßt man Zwiebel in Butter dünsten, gibt die Maïsförner dazu sowie Salz und Paprika und läßt sie etwa 15 bis 20 Minuten dämpfen. Vor dem Anrichten rührt man etwas süße Sahne dazu und gibt fein gewiegte Petersilie darüber.

Gesundheitspflege.

Der Mensch im Winter.

Wir wissen noch nicht, wie der Winter sich noch entwickeln wird. Aber eines wissen wir sicher, leicht wird es nicht für uns werden, dazu sind die wirtschaftlichen Verhältnisse zu unfest, dazu sind die Sorgen zu groß, die in irgendeiner Form auf jedem von uns lasten. Mögen wir unsere Nerven mehr oder weniger in der Gewalt haben und uns abgewöhnen haben zu denken: „schlimmer kann's nimmer werden“, wir wissen, daß es immer noch tiefer hinabgehen kann, wir haben genügend Gelegenheit gehabt, in den letzten Jahren Erfahrungen zu sammeln. Wir sind im Kriege, in der Inflation, in den Nachkriegsjahren durch Sorgen, Entbehrungen und Krankheiten zu dem geworden, was wir heute sind, gehetzte, vergrämte, ängstliche Menschen, von denen Millionen müde, hungrig und arbeitslos sind.

Mit dieser Einstellung sind wir in den Winter gegangen, von dem wir nicht wissen, was er noch bringt, und das einzige, was wir tun können, um ihm wirkungsvoll zu begegnen, ist, daß wir uns vor Krankheiten schützen, um unser wirtschaftliches Elend nicht noch zu vergrößern. Zwar sehen wir, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um durch Preisfestsetzungen mancherlei Art uns vor Kälte und Hunger zu schützen, wir werden aber doch gut tun, von uns aus zu den einfachsten, nächstbesten und billigsten Lebensmitteln zurückzukehren, die uns — auch dem Bedürftigsten — in Fülle gegeben sind. Solange wir Milch und Brot zum Leben haben, kann die wirkliche Not nicht an uns heran, mit beiden geben wir unserem Körper fett- und stärkehaltige Nahrungsmittel, die Blut bilden und Wärme erzeugen.

Wir brauchen nur an die hart arbeitenden Holzfäller zu denken. Davon ernähren sie sich in der Stadt. Von grobem Brot, Bauernbutter und Käse. Es sind oft dürre Gestalten, aber zäh und ausdauernd, leistungsfähig in Wind und Wetter. Wir können auch — wenn uns der Vergleich besser behagt — an die stählernen, sehnigen Sportsleute denken, deren Ernährung die denkbar einfachste ist, denn kein Körper verträgt ungewöhnliche Belastung, wenn er gesund und widerstandsfähig bis zum letzten bleiben soll. Wir können die Zeiten nicht ändern, aber wir müssen versuchen, sie so gut wie möglich zu überwinden.

Schützt euch vor nassen Füßen!



Den Fußteig immer brav heutzutage und tritt nie so in feine Pfäde! So Müll früh am Morgen bricht: Doch Kleiden denkt: sie steht es nicht und macht ganz lustig plitsche-platsch!



Am Nachmittag doch macht sie, 'halbi', den Ungewissen muß sie bücken: Soß in der Schul' mit nassen Füßen, Nun hat sie Quallen, Halsweh und liegt im Bett mit Fieberfieber.

Gesundheitsdienst des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen Berlin-Charlottenburg.

Haustierzucht und -Pflege.

Wichtiges Greifen und Halten der Taube.

Wenn die Tauben auf dem Schlag besonders scheu sind und sich zum Zweck irgendwelcher Beobachtung, Untersuchung oder sonstigen Maßnahme nur schwer nach aufgeregtem Umherjagen greifen lassen, so hat man die Schuld daran meist sich selbst zuzuschreiben. Denn ungewollt werden beim Einfangen, Greifen und Festhalten von Tauben oft Mißgriffe gemacht, welche die Tiere unnötig in Angst und Aufregung versetzen, ihnen nicht selten auch körperlichen Schaden, zumal am Gefieder, bringen.

Betrifft man nun den Taubenschlag, so ist es gut, wenn die Tiere die Annäherung des Menschen schon einige Zeit vorher wahrnehmen können und sich der Betreffende also irgendwie bemerkbar macht. Das soll jedoch keineswegs mit Donnergepolter geschehen, was die Tauben schließlich wohl noch mehr erschrecken würde, sondern erfolgt zweckmäßig durch Pfeifen, Singen oder lautes Reden. Kommt dagegen jemand ganz leise auf den Schlag geschlichen, so pflegt die Aufregung der Tauben, wenn der Betreffende plötzlich in ihre Mitte tritt, am größten zu sein. Im anderen Falle wird es meist nicht lange dauern, bis die Tiere still auf den Stangen oder in einer Ecke sitzen bleiben. Aber auch dann soll man hastende Bewegungen nach Möglichkeit vermeiden und die Tauben durch öfteres Zureden ruhig zu erhalten suchen.

Will man schließlich eine Taube greifen, so muß man ganz ruhig an sie herantreten und dann rasch mit sicherem Griff zupacken. Wie man eine aufgegriffene Taube richtig hält, daß sie also einerseits ruhig und ungequält bleibt, andererseits aber auch unbedingt in ihrer Bewegungsmöglichkeit gehemmt ist, zeigt das hier beigegebene Bild: Beide Füße der Taube nimmt man zwischen Zeige- und Mittelfinger, und mit dem über den Rücken der Taube gelegten Daumen hält man zugleich die Schwingen fest. So kann man die Taube von allen Seiten bequem betrachten, sie auch längere Zeit umhertragen. Wenn sich auch das Tier womöglich im Anfang noch etwas hin und her streckt und zu befreien versucht, so ergibt es sich jedoch fast immer bald in seine Lage und hält still.

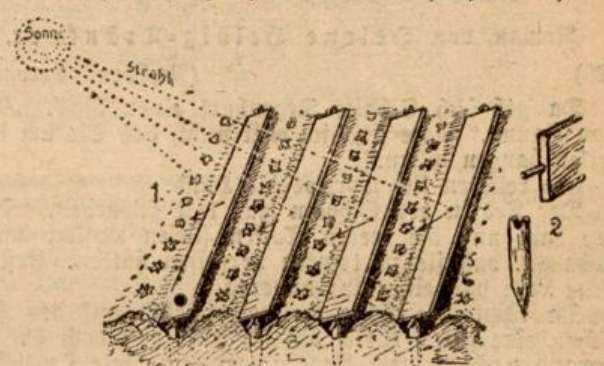
Rasch und sicher gelingt dieser Griff, wie noch bemerkt sei, nicht immer sogleich; geringe Übung jedoch vermittelt die Fertigkeit in kurzer Zeit. E., Staatsförster.

Feld und Garten.

Mehr Sonne für die Frühgemüsebeete!

Da die Kraft der Sonne um die Frühjahrszeit noch recht schwach ist, so muß der, welcher zeitiges Gemüse im Freien anbaut, auf weitestgehende Ausnutzung der Sonnenkraft bedacht sein. Dazu können diese oder jene Vorkehrungen getroffen werden, und es gibt alles mögliche, was sich mehr oder weniger bewährt hat.

In besonderem Maße gilt das auch von der einfachen verstellbaren Bretteranlage, die hier die Abbildung 1 zeigt. Die Wirksamkeit dieser Bretteranlage beruht auf der Erkenntnis, daß weiße Flächen die Sonnenstrahlen nicht ver-



suchen, sondern zurückgeben, und somit ist für die in unmittelbarer Nähe angebauten Kulturpflanzen eine bedeutend erhöhte — gewissermaßen doppelte — Ausnutzung der Sonnenkraft möglich geworden.

Zwischen den Pflanzreihen, und zwar am besten in Furchen werden also mit Kalt- oder weißem Oelfarbenanstrich versehene Bretter drehbar auf Pfählen angebracht. Diese Verbindung gestaltet sich so, wie es daneben aus Abbildung 2 ersichtlich ist. Durch einen langen Eisenzapfen, der in den kleinen Ausschnitt am Pfahl einsinkt, wird die Regulierung der Bretter in die jeweils günstige Stellung zum Stand der Sonne ermöglicht. Die mit den Gemüsepflanzen bestandenen Dämme liegen im Sonnenlicht, und günstigeres Pflanzenwachstum ist die Folge. Die tieferen Teile der Dämme dagegen sind beschattet, so daß Unkraut nicht leicht hochkommt.

Wenig Mühe macht auch vorübergehendes Begräumen der Bretter, wenn die notwendigen Kulturarbeiten — Hacken, Jäten, Gießen — erledigt werden sollen. Im übrigen hat die hier in Rede stehende Bretteranlage noch den Vorteil, daß dabei frisch eingepflanzte Gemüsekeimlinge durch vorläufige Schattierung Schutz gegen Sonnenbrand erhalten.

Obergärtner R. Richter.

Von den zu überwinternden Rosenfedlingen machen die spät vermehrten oft Schwierigkeiten, da sie infolge mangelhafter Bewurzelung leicht faulen. Sie müssen kühl und luftig an einen Ort gestellt werden, der eine Deckung bei Frost zuläßt. Können die Rosenfedlinge in einen zu warmen Raum, so würde der Trieb unnütz angeregt werden, vergeilen. Schöne, gedrungene Pflanzen könnte man so niemals erhalten. Das Eintopfen der spät vermehrten Rosenfedlinge erfolgt übrigens erst im Frühjahr.

Gustav Wellenbeck, Halver, Möbelgeschäft.